

Tagesspiegel, Der vom 03.04.2020, S17

Tageszeitung/täglich, Berlin

—
Rubrik im PS: Brandenburger Hochschulen

Auflage: 120.763

Reichweite: 263.263

Ressort: Bildung, Forschung, Wissenschaft

Quellrubrik: Wissen & Forschen

"Wir haben uns für ein Flexi-Semester entschieden"

Brandenburgs Wissenschaftsministerin Manja Schüle über Hochschulen und Studierendenhilfen in Corona-Zeiten - und die neue Unimedizin in der Lausitz

Frau Schüle, die Hochschulen in Brandenburg befinden sich wie die Berliner Hochschulen im Notbetrieb. Präsenzlehre ist zunächst bis zum 20. April nicht erlaubt. Gehen Sie davon aus, dass die Lehre über dieses Datum hinaus im Sommersemester hauptsächlich digital stattfinden wird?

Wenn ich Ihnen den Peak der Epidemie vorhersagen könnte, würde ich wahrscheinlich einen Nobelpreis bekommen. Von daher wäre es unseriös, jetzt schon neue Termine zu nennen. Wir schauen uns die Lageberichte an und entscheiden von Tag zu Tag, gemeinschaftlich mit den Hochschulen.

Viele Hochschulen stellen sich schon darauf ein, dass im Sommer hauptsächlich digital gelehrt wird. Was wäre bis dahin an digitalen Lehrveranstaltungen zu stemmen?

Das ist sehr unterschiedlich. Die Hochschulen bereiten das mit sehr viel Engagement vor. Sie bieten digital alles an, was geht: von Übungen in kleineren Formaten bis zu größeren Vorlesungen, von Videokonferenzen bis zu Fernstudien. Brandenburg ist kein Lummerland, was die Digitalisierung der Lehre angeht.

Wie stehen Sie zu der Forderung eines "Nichtsemesters"?

Das würde die Studierenden, den kompletten Studienalltag und die Planungskapazitäten der Hochschulen völlig über Bord werfen. Außerdem läuft das Semester längst an unseren Fachhochschulen. Und an den Unis wird bereits eifrig auf Online-Formate umgestellt. Eine nachträgliche "Nicht-Wertung" würde all das konterkarieren. Wichtig ist aber, das Sommersemester 2020 nicht auf die Regelstudienzeit anzurechnen. Ich habe auch mit Studierendenvertretern in einer Telefonschleife gesprochen, und wir haben uns für eine Art Flexi-Semester entschieden.

Was ist darunter zu verstehen?

Wir flexibilisieren den Studienalltag so weit, dass möglichst viele Scheine gemacht werden können, die anerkannt werden. Hochschulen ziehen gegebenenfalls Veranstaltungsformate aus dem Wintersemester vor, sollten sie diese digital schon anbieten können. Wir wollen so für den Zeitpunkt, wenn der offizielle Betrieb wieder startet, einen möglichst großen Freiraum für die Veranstaltungen haben, für die eine Präsenzlehre unabdingbar ist.

Für Studierende hat der Shutdown des öffentlichen Lebens oft gravierende finanzielle Folgen, weil Nebenjobs weggefallen sind. Wie können Sie Studierende unbürokratisch schnell unterstützen?

Wir schauen gemeinsam mit den Hochschulen und Studentenwerken, wie Überbrückungsmaßnahmen geschaffen werden können. Für die Bafög-Empfänger gibt es bereits die Zusage der Bundesbildungsministerin, dass den Studierenden durch die Auswirkung der Corona-Pandemie keine finanziellen Nachteile entstehen. Studierende, die an der Hochschule arbeiten, erhalten weiterhin ihr Geld. Schnell existenziell wird es dagegen für die Studierenden, die ihre Jobs in der Gastronomie, im Einzelhandel oder im Tourismus verloren haben. Die können kein ALG 2 beziehen. Hier brauchen wir eine gemeinsame Härtefall-Lösung mit dem Bund und den anderen Ländern.

Im Zentrum der Coronakrise steht auch die Unimedizin, dort findet sich die Expertise, um die Pandemie zu bekämpfen. Um den Strukturwandel in der Lausitz abzufedern, soll in Cottbus eine Unimedizin aus dem Boden gestampft werden. Der Bund hat Mittel dafür zugesagt. Wie weit sind die Planungen dafür - und wie werden sie durch die aktuelle Situation beeinflusst?

Die aktuelle Situation beeinflusst das überhaupt nicht. Das ist eines der Mammutprojekte für Brandenburg in den kommenden Jahren. Es knüpft an die bisherigen Entwicklungen des Landes an. Mit dem Gesundheitscampus schaffen wir eine Art Labor: Wie könnte Gesundheitsversorgung im Jahre 2030 aussehen? Welche Modelle gibt es für die medizinische Versorgung im ländlichen Raum? Welche Art von integrativen Ausbildungskonzepten gibt es? Nun muss es darum gehen, den ärztlichen Nachwuchs für das ganze Land zu sichern. Dazu sind wir im Gespräch mit führenden Medizinerinnen und Wissenschaftsexperten. Aber eins ist klar: Der Aufbau einer staatlichen Hochschulmedizin wird nicht in wenigen Jahren zu schaffen sein, ich warne vor überzogenen Erwartungen.

Brandenburg hat bereits eine junge Medizin-Uni: nämlich die private Medizinische Hochschule Brandenburg in Neuruppin. Diese soll jetzt vom Land 6,6 Millionen Euro im Jahr erhalten. Wäre es sinnvoll, diese mit der neuen Universitätsmedizin in der Lausitz zu fusionieren, um eine starke Einrichtung statt zwei kleinen zu haben?

Wir haben der MHB dieses Geld im Nachtragshaushalt zur Verfügung gestellt, damit sie ihre Forschung weiter ausbauen kann, um 2024 die Akkreditierung des Wissenschaftsrats zu erhalten. Schon weil die MHB da erst einmal erfolgreich durchmuss, verbietet es sich, jetzt über eine Fusion nachzudenken.

Besteht die Gefahr, dass die BTU Cottbus, die immer noch die Folgen der Fusion der Universität mit der Fachhochschule verarbeitet, mit der zusätzlichen Integration einer Universitätsmedizin überfordert ist?

Das Organisationsmodell würde ich den Experten überlassen. Es sind mehrere Optionen möglich. Man kann das als Fakultät der Universität machen. Man kann aber auch eine eigenständige medizinische Hochschule gründen. Da wird es auch darum gehen,

außeruniversitäre Strukturen aufzubauen - mit Medizingerätetechnik, mit Life Sciences. Erst dann wird daraus ein Gesamtpaket.

Stichwort BTU: Die Fusion war das beherrschende Thema der Wissenschaftspolitik in Brandenburg in den vergangenen Jahren. Zu hören ist, die BTU habe für die Neuberufung von Professuren viel mehr Geld ausgegeben, als sie sich leisten kann. Welche Mehrkosten kommen auf das Land zu?

Ich sehe das anders: Die BTU hat eine sehr große Ankerfunktion für die Lausitz. Sie steht vor großen Herausforderungen. Sie muss mehr Studierende anziehen. Sie muss ihre Forschungsstärke erhöhen. Sie muss in der Region eine noch stärkere Rolle spielen. Und sie muss ihr Profil weiter schärfen. Dafür bekommt sie zum einen Geld aus unserem Mittelverteilmodell wie jede andere Hochschule auch. Das allein wird aber der Sonderrolle der BTU nicht in Ansätzen gerecht. Also wird die BTU über den aktuellen Nachtragshaushalt eine Sonderförderung von fünf Millionen Euro bekommen.

In der Wissenschaftspolitik konzentriert sich wie insgesamt in der Brandenburger Politik viel auf die Lausitz. Können Sie nachvollziehen, wenn andere Standorte sich vernachlässigt fühlen?

Ich könnte es nachvollziehen, wenn andere Standorte vernachlässigt würden. Aber das ist überhaupt nicht der Fall. Ich habe alle Hochschulen gleichermaßen im Blick und auch fast alle bereits in den ersten sechs Wochen meiner Amtszeit besucht. Unsere Zukunft liegt in der Wissenschaft und Forschung - und dafür brauchen wir alle Standorte.

Das große Thema vor der Coronakrise war Tesla. Wie kann die Wissenschaft von der Ansiedlung profitieren?

Das geht in beide Richtungen. Dabei geht es um Fragen der Ausbildung: Welche Fachkräfte braucht Tesla? Da geht es aber auch um Forschungsfragen - etwa, welche Unterstützung unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen für die weitere Entwicklung von Tesla bieten können. Hier sind wir gut aufgestellt. Unsere Hochschulen kooperieren in vielfältiger Form mit der Wirtschaft. Darüber hinaus gehen wir innovative Wege und haben als einziges Bundesland in hochschulfernen Regionen Präsenzstellen eingerichtet.

Was meinen Sie damit?

In Regionen wie der Uckermark oder der Prignitz gibt es keine Hochschulen. Dort beraten und informieren Vertreterinnen und Vertreter der Hochschulen gleichermaßen künftige Studierende, interessierte Bürger und Unternehmen vor Ort. Dort Experten zu haben, die die Hochschulen und auch die Forschungseinrichtungen mit den Regionen vernetzen, hat uns Lob von allen Seiten eingebracht.

Gibt es Überlegungen oder Gespräche mit Tesla, bei der Fabrik in Grünheide einen Forschungscampus anzusiedeln?

Dafür ist jetzt zu früh. Aber wir werden in Fürstenwalde und damit in unmittelbarer Nähe zu Grünheide eine weitere Präsenzstelle der Europa-Universität Viadrina und der Technischen Hochschule Wildau einrichten. Unabhängig davon existieren bereits mehrere Verbundprojekte, nicht nur in der Lausitz, sondern zum Beispiel auch in Frankfurt (Oder), das in der Entwicklung von Mikrochips ganz weit vorne ist. Dort werden in unterschiedlichen

Disziplinen Hochschulen und Unternehmen zusammengebracht - wenn Tesla an solchen Kooperationen Interesse hat, stehen wir bereit. Wir sind da selbstbewusst: Zukunft wird in Brandenburg gemacht.

Die Fragen stellte Tilmann Warnecke. Manja Schüle (43) ist seit November Wissenschaftsministerin in Brandenburg. Davor war die SPD-Politikerin Mitglied des Bundestags. Schüle ist promovierte Politikwissenschaftlerin.

Aufsteigend. Von der BTU Cottbus (hier ein Archivbild der Bibliothek) erwartet die Ministerin, dass sie mehr Studierende anzieht. Foto: Imago Foto: Annette Riedl/dpa